

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Geschäftsnummer: 25 241
Zur für Nachdruck: 20 011.

Lebeck's - **Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.**
Firma gegr. 1888. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich 1,20 M., Einzelnummer 4 3.-, Contingentabgabe 4 6.-, Anzeigen-Preise. Die Spalt. 32 mm breite Zeile 4 20.-, auherh. 4 25.-, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungs- markt, 1 Spalt. 12 u. u. Verhölse 25% Nachsch. Vorzugspätze laut Tarif. Unentgeltliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Abbruch der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Vorläufige Ergebnislosigkeit.

Berlin, 9. Sept. Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Regierung in der Frage der Schatzwechsel wurden heute zu Ende geführt; ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Schatzwechsel über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden heute mittag nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

Es ist also vorläufig auch bei diesen Verhandlungen, die man zuerst im Handumdrehen zu einem guten Ende führen zu können glaubte, wieder nichts Positives herausgekommen. Die dadurch aufs neue beleuchtete Unsicherheit der Lage wird sich voraussichtlich abermals in einer Höhebewertung des Dollars geltend machen und so das Gerede der Markentwertung in Deutschland vergrößern. Das Weitere hängt nun in erster Linie von der belgischen Regierung ab. Wenn diese die Sache an die Reparationskommission zurückverweist, so ist damit zu rechnen, daß die Kommission ihre Forderung nach einem deutschen Golddepot als Sicherheit für die Schatzwechsel wieder aufnimmt. Auf dieses Verlangen einzugehen, hat aber die Reichsregierung glatt abgelehnt, und dabei muß es sein Bewenden haben. Dann bleibt noch die Möglichkeit offen, daß die deutsche Industrie einen Weg findet, um unter Bedingungen, die für die Regierung annehmbar sind, die Garantien zu leisten. Jrgendein Ausweg aus der Sackgasse muß jedenfalls gefunden werden. Wie verfahren die Lage ist, erhellt aus der Tatsache, daß neuerdings von französischer Seite unter englischer Billigung der Vorschlag gemacht wird, die Reparationskommission zu besetzen und ihre Befugnisse an den Völkerbund zu übertragen. Da dieser aber sehr langsam arbeitet und Gefahr im Verzuge ist, so erscheint der Vorschlag nicht als besonders hoffnungsvoll. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit die Reichsregierung noch weitere Nachgiebigkeit zeigen wird, und dadurch gewinnt der Gesamtcharakter der Lage einen ernsten, wenn auch nicht völlig aussichtslosen Anstrich.

Die deutsch-französische Annäherung.

Berlin, 10. Sept. Wie wir aus industriellen Kreisen hören, werden in Verfolg des Stinnes-Abkommens mit Frankreich jetzt Verhandlungen der Kali- und Metallinteressen zwischen Elsaß und Westfalen geführt. In diesen Verhandlungen wird ebenfalls eine Verständigung

erwartet, und in Wirtschaftskreisen glaubt man, daß sie das geplante deutsch-französische Wirtschaftsabkommen erleichtern werden.

Berücksichtigung der englischen Industrie in der Reichsregierung
Berlin, 10. Sept. In der Regierung herrschen, wie zuverlässig berichtet wird, wegen der Umstellung der deutschen Politik zwei Meinungen vor. Während die eine Hälfte der Regierung nach wie vor politisch mit England zu gehen beabsichtigt, ist die zweite Ansicht die, daß eine Verständigung mit Frankreich vorteilhafter wäre. Wir erfahren weiter, daß die Verständigung mit Frankreich sogar von amerikanischer Seite angeregt worden ist, da Amerika sich für die Entspannung der europäischen Lage von einer deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlung viel verspricht. Amerika wünscht jedoch nicht, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverträge eine direkte Spitze gegen England erhalten.

Die Ansicht der englischen Industriellen über den Stinnesvertrag.

Englische Hoffnung auf Verminderung der deutschen Konkurrenz.

London, 9. Sept. „Morning Post“ berichtet, daß nach Anfrage in der City des Aufsehens habe, daß die britischen Industriellen keinen harten Verlust in ihren Handelsgeschäften für den Fall erwarten, daß der französische Vertrag mit Stinnes wegen der Lieferung von Materialien zum Aufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs durchgeführt werde. Die englischen Industriellen hätten niemals viel Gelegenheit gehabt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es sei ein interessanter Punkt, daß die deutschen Firmen es schwer empfinden hätten, alle bei ihnen vom Ausland gemachten Bestellungen auszuführen. In manchen Fällen seien die Bestellungen ausländischer Firmen von deutschen Firmen aufgegeben worden. Wenn eine weitere Belastung der deutschen Fabriken eintreffe durch die Notwendigkeit, für die zerstörten Gebiete zu produzieren, so werde ihre Fähigkeit, ihre vorhandenen Auslandserträge durchzuführen, weiter vermindert. Daraus müsse sich die Gelegenheit für britische Firmen ergeben, einige Teile des Weltmarktes wieder zurückzugewinnen, auf denen Deutschland ausnehmlich besonders erfolgreich sei. Dagegen erkennen die britischen Industriellen an, daß das Verlangen nach deutschen Waren in Frankreich die Stellung Deutschlands dort härten und den Deutschen ermöglichen würde, in Nordfrankreich Geschäftsverbindungen zu erlangen, aus denen sie wieder zu verdrängen sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein würde. (B. T. B.)

Das Verbot des Deutschlandliedes im besetzten Gebiet Italiens.

Paris, 10. Sept. Wie der „Matin“ meldet, hat die Interalliierte Rheinlandkommission auf die amtliche Mitteilung des Reichskommissars, daß das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ jetzt die deutsche Nationalhymne sei, einstimmig die Antwort erteilt, daß sie ihr Verbot gegen das Singen des Liedes im besetzten Gebiet nicht zurücknehme.

Der Berliner Oberschlesientag.

Eine politische Rede des Reichskanzlers.
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)
Berlin, 10. Sept. Zugunsten des deutsch gebliebenen Teiles Oberschlesiens hatte der unter dem Protektorat des Reichspräsidenten stehende Oberschlesische Hilfsbund am Sonntag zu einer Feier geladen, der Vertreter aller Reichs- und Staatsbehörden, der Parlamente, sowie der Reichspräsident und die Mitglieder des Reichskabinetts beiwohnten. Die Feier, die in der Staatoper stattfand, wurde durch musikalische Darbietungen hervorragender Künstler eingeleitet. Darauf nahm

Reichspräsident Ebert das Wort und führte etwa aus: Obne Recht und Veranlassung, gegen die Stimme des Volkes sei die Entscheidung, die Oberschlesien zerriss. Darum müssen wir jetzt alles tun, um den deutschen Brüdern jenseits der neuen Grenze das Leben zu erleichtern, um rechtliche Grundlagen zu schaffen zur Erhaltung deutscher Sprache und deutscher Kultur in den nunmehr abgetrennten Gebieten. Wir haben gegen die Vergewaltigung, die uns geschehen, vor der ganzen Welt Verwahrung eingelegt. Oberschlesien, das für Deutschland so viel gekostet hat, darf unsere besondere Fürsorge erlangen, und sie soll ihm gewiß sein. Dankbar sind wir Oberschlesien für das Vertrauen, das es durch das Ergebnis der Abstimmung vom 3. September bekräftigt hat. Das deutsche Oberschlesien hat seine Treue und Unhängigkeit an Preußen, mit dem es groß geworden ist, wiederum bezeugt. Sein Auf, den deutschen Brüdern zu helfen, wird im Reich nicht ungehört verhallen. Reigen wir Oberschlesien und der ganzen Welt, daß Deutschlands große Not alle Glieder des Reiches nur fester miteinander verbindet. Wir wollen uns aus der gemeinsamen Not emporarbeiten als ein einziges Volk. Es lebe Oberschlesien, es lebe Deutschland! — Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede erhoben sich die Anwesenden und sangen stehend: Deutschland, Deutschland über alles.

Darauf sprach der preussische Ministerpräsident Braun Oberschlesien den

Dank der preussischen Staatsregierung für das Treuebekenntnis vom 3. September aus und teilte mit, daß der Antrag des Oberschlesischen Hilfsbundes zur Genehmigung einer Lotterie für Oberschlesien in Anbetracht der großen Not dort bewilligt worden ist. Die Frage, ob man zur Kleinindustrie und damit zum Verfall des Reiches zurückkehren solle, werde nun hoffentlich durch die Abstimmung vom 3. September für immer aus allen Provinzen verschwinden. Die Oberschlesien zu Preußen, so gehöre Preußen zum Deutschen Reich. Oberschlesiens Zustimmung sei ein Bekenntnis zum Reich, das heute in trübsten Tagen doppelt hoch einzuschätzen sei. — Reichens „Croica“ schloß die Feier.

Berlin, 10. Sept. Heute nachmittag fand im Anschluß an die Veranstaltung des Oberschlesischen Hilfsbundes im Staatlichen Opernhaus ein

Empfang beim Reichspräsidenten

Reichspräsidenten waren der Reichskanzler mit den übrigen Reichsministern, der preussische Ministerpräsident mit den Mitgliedern des preussischen Kabinetts, ferner der Vorstand des Oberschlesischen Hilfsbundes und der Vertreter von Wirtschaft, Handel, Industrie und Presse. Die Veranstaltung, die besonders den Zweck hatte, eine Aussprache über die Probleme der ober-schlesischen Zukunft herbeizuführen, wurde mit Begrüßungsworten des Reichspräsidenten eröffnet. Er dankte dem Oberschlesischen Hilfsbund für seine aufopferungsvolle Arbeit und gab ihm hierfür die besten Wünsche mit auf den Weg. Der Reichspräsident der Provinz Oberschlesien dankte dem Reichspräsidenten für die stützende Förderung der Ziele des Bundes. Fürster Wittke gab ein Bild von der Leidensgeschichte Oberschlesiens in den letzten Jahren und Monaten. Regierungspräsident Frankegger-Lypel gab eine kurze Darstellung von den Zielen und Aufgaben des Hilfsbundes. Der preussische Handelsminister Severing sprach über die Pläne der preussischen Regierung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Oberschlesiens, während der preussische Landwirtschaftsminister Wendorf das Problem des landwirtschaftlichen Wiederaufbaues behandelte.

Den Schluß bildete eine

politische Ansprache des Reichskanzlers,

in der der Kanzler auf die außenpolitische Lage Deutschlands, insbesondere auf das Reparationsproblem, einging. Die tiefe Bedeutung der Reparationsfrage liege darin, den Gedanken des Wiederaufbaues Europas und der Welt aus den Händen der Rachepolitik hinüberzuführen auf ein Gebiet, wo eine nüchterne, wirtschaftliche, realistische Erwägung die Vorherrschaft hat. Trotz der bereits gemachten Fortschritte werde dieser Gedanke mitunter wieder verdrängt. So habe die belgische Regierung eine Einigung in der Frage der Verlängerung der Schatzwechsel vorläufig unmöglich gemacht, weil sie an den Nachbarn der Entscheidung der Reparationskommission klammert und erklärt, über die Laufzeit von sechs Monaten nicht hinausgehen zu können.

Was helfen aber Deutschland Schatzwechsel auf 6 Monate, die im Februar nächsten Jahres, wahrscheinlich in der schwierigsten Zeit, die Deutschland zu durchlaufen hat, fällig werden.

Noch einmal seien also politische Erwägungen vor die ökonomischen getreten. Deutschland und die deutsche Wirtschaft könnten jedoch nur tragen, was ökonomisch möglich ist. Bis diese Erkenntnis sich in Europa durchsetzen habe, müsse Deutschland alle sachliche Energie aufbringen und in einem Zusammenwirken aller Kräfte von Nord und Süd als einer einzigen Nation die schwere Aufgabe meistern. Im Vordergrund aller deutschen Sorgen stehe das große Problem der Erhaltung der deutschen Nation. Die Rede des Reichskanzlers wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Smyrna von den Türken genommen.

Die Benediger Orientkonferenz.

Paris, 10. Sept. (Gavas.) Die Türken haben Smyrna besetzt. Wie das Marineministerium durch eine Depesche aus Smyrna erfährt, wurde die Stadt durch die zweite türkische Kavalleriedivision besetzt, die von Çetkeli-Bei befehligt wird. Alles verlief ruhig und ohne die geringste Inzorntheit der türkischen Truppen. (B. T. B.)

Paris, 10. Sept. Der italienische Geschäftsträger hat am Quai d'Orsay eine Note seiner Regierung überreicht, in der diese die französische Regierung ersucht, sich mit ihr zu verständigen und Vertreter zu einer Konferenz in Venedig zu entsenden, zu der auch Vertreter Griechenlands und der Türkei eingeladen werden sollen. Die Konferenz soll bezwecken, die Grundlage für einen eventuellen Vorfrieden zwischen Griechenland und der Türkei zu finden. Der italienische Vorschlag empfiehlt den Kriegführenden nur die Einstellung der Feindseligkeiten, um die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern. Eine ähnliche Note soll heute dem griechischen Kabinett überreicht werden. Erst nach einer Verständigung zwischen London, Paris und Rom kann ein Termin festgesetzt werden. Ein Schritt zur Erlangung von Waffenstillstandsbedingungen für Griechenland wurde von den alliierten Vertretern auch bei der Regierung von Angora unternommen. Wenn die Antwort Angoras annehmbar ist, so kann die Konferenz in der Mitte der zweiten Septemberhälfte beginnen. (B. T. B.)

London, 9. Sept. „Daily Express“ erfährt, daß die vorgeschlagene Waffenstillstands-Konferenz in Venedig nicht stattfinden werde. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß die Lage des griechischen Heeres derzeit sei, daß die Konferenz keinen Zweck haben könne. Wenn ein Waffenstillstand vereinbart werde, so würden die Bedingungen wahrscheinlich in Form festgesetzt werden.

Die Not der christlichen Flüchtlinge.

Wien, 9. Sept. Die griechische Regierung hat die Gesandtschaften der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens wissen lassen, daß christliche Flüchtlinge aus dem Inneren Kleinasiens, verzweifelt und von Hunger gepeinigt, der Hilfe zufröhen, und daß die Hilfe der alliierten Mächte zu deren Beschäftigung und Unterstützung mit Lebensmitteln angerufen.

Paris, 9. Sept. Wie Gavas meldet, schätzt man die Zahl der in Smyrna und anderen Hafen Kleinasiens eingetroffenen Flüchtlinge auf eine halbe Million. Sie sollen sich in einem bedauerlicherweise zuhause befinden.

Die türkischen Friedensbedingungen.

Paris, 9. Sept. Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora, Ahmed Ferid-Bei, hat dem „Autranquill“ gegenüber erklärt, die Forderungen seiner Regierung für den Frieden seien dieselben wie vor drei Jahren: Konstantinopel, Adrianopel und Thrazien, sowie Entschädigung für den durch die Griechen angerichteten Schaden. Die Forderungen würden unter allen Umständen die Dardanellen in Besitz nehmen, welche Truppen auch immer sich dort befinden mögen.

Das englische Festhalten an Konstantinopel.

London, 9. Sept. „Morning Post“ berichtet: Die vordringende Tatsache bei der gegenwärtigen Lage im Osten sei der Beschluß des britischen Kabinetts, unter keinen Umständen Konstantinopel preiszugeben und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Waffenstillstand zwischen Griechen und Türken auf Kleinasien zu beschränken. Man sei in London sehr gespannt auf die Haltung, die Frankreich einnehmen werde. Es sei zweifelhaft, ob die semalitischen Streitkräfte wirklich stark genug sein würden, um eine entscheidende Bewegung gegen Konstantinopel zu versuchen.

Ein griechisches Kabinett Calogeropoulos.

Athen, 9. Sept. Calogeropoulos hat die Kabinettsbildung übernommen.

Ein englisch-russischer Konzessionsvertrag.

Berlin, 10. Sept. Zwischen Krassin als Vertreter der Sowjetregierung und dem Präsidenten des Aufsichtsrates der Russo-Asiatic Consolidated-Company, Vessle Urquart, ist am Sonntag ein Vertrag unterzeichnet worden, der die Konzessionen in Sibirien, über die seit der Nationalisierung durch die Sowjets verhandelt wird, an die Russo-Asiatic zur Bewerterung übergibt.

Gerüchte über eine Kursänderung in Rußland.

London, 9. Sept. Wie die „Times“ aus Riga meldet, laufen dort hartnäckig Gerüchte um, daß die gemäßigteren bolschewistischen Elemente in Moskau wieder Boden gewonnen hätten. Es werde mitgeteilt, daß die russische Regierung beabsichtige, demnächst eine Ari Waqna Charia zu promulgieren, die in der Verantwortlichkeit der Sowjetkommissare gegenüber dem allrussischen zentralen Volkskongress begründet werde. Andere Gerüchte kündigen die baldige Einberufung einer bolschewistischen konstituierenden Versammlung an.